

Vermögensteuerpläne – ein Griff in die finanzpolitische Mottenkiste?

ACHIM TRUGER

Als die SPD jüngst einen Vorstoß zur Wiederbelebung der seit 1997 ausgesetzten Vermögensteuer unternahm, führte dies zu großer Empörung in Wirtschaftsverbänden sowie konservativer-liberaler Presse und Politik. Der Familienunternehmer-Präsident sprach von einem „Vernichtungsfeldzug gegen die Privatwirtschaft“. Etwas milder wurde von einem „Griff in die finanzpolitische Mottenkiste“ gesprochen.

Die Kritik entzündet sich im Wesentlichen an drei Punkten. Erstens wird infrage gestellt, ob es angesichts eines angeblich „im Geld schwimmenden Staates“ überhaupt zusätzlicher Einnahmen bedürfe. Zweitens wird wegen bereits ausgeprägter staatlicher Umverteilung an der verteilungspolitischen Notwendigkeit der Reform gezweifelt. Drittens schließlich wird vor Gefahren für Wachstum und Beschäftigung sowie hohen Erhebungskosten gewarnt.

Es stimmt, dass die Finanzlage des Staates zuletzt ungewöhnlich gut war. Allerdings war dies Folge eines überraschend langen Aufschwungs mit entsprechend sprudelnden Steuern. Aktuell ist der Zenit jedoch bereits überschritten, die Steuerschätzung wird nach unten revidiert, und die Konjunktur droht ernsthaft in die Rezession abzugeleiten. Zudem stehen spürbare Steuersenkungen an: Der Einkommensteuertarif wird leicht gesenkt und der Solidaritätszuschlag in einem Umfang von ca. 10 Mrd. € zur Hälfte abgeschafft. Zwar liegt die Steuerquote im Vergleich der letzten Jahrzehnte hoch. Dabei ist jedoch zu beachten, dass in früherer Zeit der Staatshaushalt ein Defizit aufwies, das für Ausgaben genutzt wurde, während er zuletzt aufgrund der bis dahin guten Konjunktur nennenswerte Überschüsse verzeichneten konnte. Zudem sind für die Bemessung der angemessenen Höhe der Steuerbelastung die für notwendig erachteten Ausgabenbedarfe entscheidend. Und diesbezüglich – z. B. in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Forschung, Klimawandel, Wohnungsbau – spricht vieles für spürbare dauerhafte Mehreinnahmen.

Auch das Argument, in Deutschland werde bereits so viel umverteilt, trägt nicht. Es stimmt zwar, dass das Steuer- und Transfersystem die Ungleichheit der Markteinkommen sehr deutlich reduziert. Dennoch hat diese ausgleichende Wirkung trendmäßig abgenommen, was mit dazu beigetragen hat, dass die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen – vor allem von Mitte der 1990er Jahre bis 2005 – kräftig gestiegen ist. Gleichzeitig gehört die Vermögensverteilung in Deutschland zu den ungleichmäßigsten in der OECD. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin besaß das oberste Zehntel der Vermögensverteilung 2014 fast 64 % und das oberste Hundertstel ein Drittel der Vermögen, während die untere Hälfte lediglich auf einen Anteil von 2,3 % kam. Schließlich hat sich die Verteilung der Steuerlast durch die Steuerreformen der Vergangenheit spürbar zulasten der unteren Einkommen verschoben. Die untersten 70 % hatten 2015 gegenüber 1998 eine

Mehrbelastung zu verkraften, während die obersten 30 % entlastet wurden, am stärksten im obersten Zehntel. Die Vermögensteuer würde gezielt hier ansetzen und die Gewinner der letzten Jahrzehnte wieder stärker an der Staatsfinanzierung beteiligen.

Ist die Vermögensteuer eine Gefahr für Wachstum und Beschäftigung? Zunächst stimmt es, dass sie auch für Unternehmen zu einer Mehrbelastung führen würde. Allerdings fielet diese angesichts eines veranschlagten Aufkommens von insgesamt 10 Mrd. €, das nur zu einem Teil Betriebsvermögen beträfe, nicht allzu hoch aus. Zudem beruhen die häufig genannten hohen Belastungssätze darauf, dass die geplanten hohen Freibeträge und Verschonungsregeln für Betriebsvermögen vernachlässigt und nur geringe Renditen unterstellt werden. Makroökonomisch ist zu berücksichtigen, dass der Unternehmenssektor seit über zehn Jahren systematisch Überschüsse im mittleren und hohen zweistelligen Milliardenbereich aufwies, die nicht investiert wurden, sodass es wenig plausibel ist, dass deren teilweise Besteuerung nun zu einem Investitionseinbruch führen sollte. Gerade die Verwendung des erzielten zusätzlichen Aufkommens für öffentliche Investitionen oder andere produktive Ausgaben, z. B. für Bildung, könnte makroökonomisch durchaus auch zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen. Schließlich ließe sich die Vermögensteuer auch mit vertretbarem Aufwand erheben. Hinreichend praktikable Bewertungsverfahren existieren bereits im Rahmen der Erbschaftsteuer, und gerade zwischen Erbschaftsteuer, der reformierten Grundsteuer und der Vermögensteuer dürfte es für die Finanzverwaltung Synergien geben.

Die vehement vorgetragene Kritik an den Vermögensteuerplänen hält damit einer nüchternen Analyse nicht stand. Das heißt nicht, dass es keinen Klärungsbedarf hinsichtlich einiger Ausgestaltungsfragen gäbe. Auch kann man über Alternativen diskutieren, etwa eine Kombination aus höherem Reichensteuersatz bei der Einkommensteuer und weniger Privilegien für das Betriebsvermögen im Rahmen der Erbschaftsteuer.

Der Vermögensteuervorstoß sollte aber als Einstieg in die notwendige intensive gesellschaftliche Debatte über öffentliche Bedarfe sowie Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit genutzt werden. Möglicherweise fällt die Ablehnung der Vermögensteuer durch ihre Gegner auch deshalb so heftig aus, weil sie sich mit ihren wenig stichhaltigen Argumenten genau dieser Debatte nicht stellen möchten. ■

ACHIM TRUGER ist Professor für Sozioökonomie mit Schwerpunkt Staatstätigkeit und Staatsfinanzen an der Universität Duisburg-Essen, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Senior Research Fellow am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

@ achim.truger@uni-due.de